Laut des neuen Berichts der Internationalen Arbeitsorganisation ILO suchen weltweit 67 Millionen junge Menschen aktiv nach Arbeit, können aber keine finden. Mehr als 257 Millionen sind weder in Beschäftigung noch in Aus- oder Weiterbildung. Hinter den weit verbreiteten Jugendaufständen verbirgt sich ein scharfer Widerspruch: ein Wirtschaftssystem, das das Kapital schützt, während es jungen Menschen eine würdige Arbeit, Gemeinschaft und das Vertrauen nimmt, dass die Zukunft anders sein kann. Von **Vijay Prashad**.

In den vergangenen zwei Jahren sind junge Menschen weltweit auf die Straße gegangen. Von Kenia bis Nepal, Indonesien bis zu den Philippinen, Madagaskar bis Marokko und in Peru erheben sie sich und demonstrieren. Journalisten bezeichnen diese Aufstände als „Gen Z“, als handele es sich um ein Marktsegment. Der Begriff beschreibt die Jugendlichkeit der Demonstranten, ihre Gewandtheit im Umgang mit digitalen Plattformen und ihre Ungeduld mit etablierten politischen Institutionen. Doch er verschleiert mehr, als er über die Politik unserer Zeit offenbart.

Eine Generation ist keine Klasse – junge Menschen teilen keine gemeinsame sozioökonomische Erfahrung. Zudem hat jeder dieser Aufstände seine eigene Geschichte. Im Juni 2024 wurden die Proteste in Kenia unmittelbar durch den Gesetzentwurf zum Haushalt ausgelöst, der die Lasten der Verschuldung und der Austeritätspolitik auf die arbeitende Bevölkerung abwälzte. Im September 2025 verschärfte sich in Nepal die Wut über die Korruption und die Prahlerei der politischen Eliten, nachdem die Regierung versucht hatte, soziale Medien einzuschränken.

Ab Ende September 2025 protestierten junge Menschen in Marokko gegen den Niedergang des öffentlichen Gesundheits- und Bildungswesens, während riesige Summen in die Vorbereitungen für die FIFA-Weltmeisterschaft 2030 gesteckt werden. Im selben Monat begannen in Madagaskar Demonstrationen aufgrund der mangelnden Gewährleistung einer zuverlässigen Wasser- und Stromversorgung. In Peru richteten sich die Proteste im September und Oktober 2025 gegen das politische Establishment, die organisierte Kriminalität und ein Rentensystem, das jungen Menschen Geld wegnimmt, ihnen aber keine Sicherheit versprechen kann.

Dies sind keine identischen Aufstände, aber sie teilen eine gemeinsame Stimmung: Es gibt Geld für Stadien, aber nicht für Krankenhäuser; es gibt Geld, um ausländische Gläubiger zu bedienen, aber nicht, um jungen Menschen Arbeit zu geben; es gibt Geld für die Polizei, aber nicht für Schulen.

Korruption ist das am häufigsten vorgebrachte Argument, doch hinter der Korruption

verbirgt sich eine Gesellschaftsordnung, die die Zukunft verbaut hat.

Die Piratenflagge aus dem japanischen Manga One Piece tauchte bei mehreren dieser Proteste auf. Es ist ein sonderbares Emblem: In dem Manga geht es um eine Gruppe junger Menschen, die in See stechen, um einen Schatz zu finden, der von den Mächtigen angeeignet wurde, und sich dabei einer Weltregierung entgegenstellen, die ihre Legitimität behauptet, aber Gewalt ausübt.

Die Flagge steht nicht für ein politisches Programm, aber sie drückt ein Gefühl aus: Die etablierte Welt ist voller Betrug, und ein Abenteuer fernab davon ist notwendig geworden. Junge Menschen scheinen zu sagen: „Lasst uns hinaus auf die hohe See segeln, auf der Suche nach einer Zukunft, die nicht so hoffnungslos ist wie die Gegenwart!“

Die materielle Grundlage für dieses Gefühl wird im neuen Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) *Global Employment Trends for Youth 2026: Back to the Future* deutlich. Nachdem die Arbeitslosenquote bei den 15- bis 24-Jährigen im Jahr 2023 auf den tiefsten Stand seit mehr als zwei Jahrzehnten gesunken war, stieg sie im Jahr 2025 auf 12,4 Prozent. Das bedeutet, dass 67 Millionen junge Menschen aktiv nach Arbeit suchten, aber keine finden konnten. In acht der elf Subregionen der Welt stieg die Jugendarbeitslosigkeit zwischen 2023 und 2025 an.

Die Arbeitslosenquote gibt jedoch nur einen Teil der Realität wieder, da sie diejenigen nicht erfasst, die die Suche aufgegeben haben. Aus diesem Grund ist die Kategorie „NEET“ (Not in Education, Employment or Training) aufschlussreicher: junge Menschen, die weder in Ausbildung, Arbeit oder Schulung sind. Im Jahr 2025 befanden sich mehr als 257 Millionen junge Menschen – jeder Fünfte – in dieser Situation, neun Millionen mehr als 2023.[1]

Hinter diesem kalten Akronym verbergen sich Leben, die in der Schwebe gehalten werden. Ein junger Mensch schließt die Schule ab, sucht monatelang nach Arbeit und entdeckt, dass keine Arbeit verfügbar ist. Nachdem er die Suche eingestellt hat, kehrt er schließlich in ein enges Familienheim zurück und stellt Heirat, Kinder und jegliches unabhängige Leben zurück. Die Zeit vergeht, aber das Leben geht nicht voran.

Die Belastung ist stark geschlechtsspezifisch geprägt. Mehr als zwei Drittel der jungen Menschen im NEET-Status sind Frauen. Die NEET-Quote bei jungen Frauen liegt bei 27,4 Prozent und ist damit mehr als doppelt so hoch wie die Quote von 13,1 Prozent bei jungen Männern. Das ist nicht darauf zurückzuführen, dass es Frauen an Bildung mangelt, sondern darauf, dass unbezahlte Betreuungsarbeit, Diskriminierung und der Mangel an würdigen Arbeitsplätzen sie aus dem Wirtschaftsleben herausdrängen.

In den arabischen Staaten und Nordafrika befindet sich etwa ein Drittel der jungen Menschen im NEET-Status. In Subsahara-Afrika scheint die offizielle Jugendarbeitslosigkeit mit 8,4 Prozent niedriger. Dies ist jedoch eher ein Zeichen für durch Armut bedingte Informalität als für eine Fülle von Arbeitsangeboten. Junge Menschen müssen jede informelle Arbeit annehmen oder schaffen, die sie finden können. Fast neun von zehn jungen Arbeitnehmern in Ländern mit niedrigem und unterem mittleren Einkommen arbeiten informell, fernab von angemessener sozialer Absicherung und Arbeitsschutz.

Vielen wurde gesagt, Bildung sei der Weg aus dem Elend. Sie verschulden sich, studieren, erwerben Qualifikationen und wandern manchmal aus, nur um dann auf das zu treffen, was die ILO als „Aushöhlung“ der Arbeitsplätze für mittelqualifizierte Arbeitskräfte bezeichnet. Arbeitgeber verlangen von Menschen, die ihren ersten Job suchen, bereits Berufserfahrung, während künstliche Intelligenz einige der Einstiegsjobs bedroht, durch die diese Erfahrung einst erworben wurde. Bildung weckt Erwartungen, aber die Wirtschaft kann diese Erwartungen nicht erfüllen.

Es reicht nicht aus, die Desillusionierung der Jugend lediglich als eine mentale Gesundheitskrise zu beschreiben, die von der politischen Ökonomie losgelöst ist. Eine im Jahr 2025 im Auftrag von UNICEF durchgeführte Umfrage unter mehr als 5.600 jungen Menschen ergab, dass sich sechs von zehn von den aktuellen Ereignissen überwältigt fühlten, während nur die Hälfte wusste, wo Unterstützung für ihre psychische Gesundheit zu finden ist. Dennoch gaben 60 Prozent an, dass sie weiterhin hoffnungsvoll bleiben und dazu beitragen wollen, eine bessere Zukunft zu gestalten.

Die Weltgesundheitsorganisation berichtet, dass weltweit jeder Sechste unter Einsamkeit leidet, wobei die Quote bei den 13- bis 29-Jährigen auf 17 bis 21 Prozent steigt. Entgegen der gängigen Meinung ist die Einsamkeit in Ländern mit niedrigem Einkommen am größten. Einsamkeit ist nicht nur mit Depressionen und Angst verbunden, sondern auch mit geringem Einkommen, unzureichender öffentlicher Infrastruktur und dem Ausschluss von Bildung und Beschäftigung.

Einsamkeit ist nicht einfach das Fehlen von Gesellschaft; es ist das Gefühl, für die Gesellschaft entbehrlich zu sein. Der junge Mensch ist über ein Smartphone mit Tausenden von Menschen verbunden, aber von den Strukturen abgeschnitten, die ein würdiges Leben ermöglichen: dem Arbeitsplatz, der Gewerkschaft, der Nachbarschaftsvereinigung, dem Kulturzentrum und der politischen Organisation. Der Markt bietet Kommunikation ohne Gemeinschaft und Sichtbarkeit ohne Einflussmöglichkeit.

Diese Einsamkeit wird durch einen **Zustand allgemeiner Unsicherheit** noch verstärkt.

Selbst die Institutionen, die die Sprache des Kapitals sprechen, nehmen diese Instabilität wahr. Der *World Uncertainty Index* erfasst Verweise auf „Unsicherheit“ in Länderberichten der Economist Intelligence Unit, einem Forschungsdienst, der von Unternehmen, Finanzinstituten und Regierungen genutzt wird. Seine Spitzenwerte gehen mit Kriegen, Finanzkrisen, Pandemien, politischen Umbrüchen und Handelskonflikten einher – genau jenen Krisen, die das tägliche Leben für Millionen Menschen prekär machen.

Doch die vom Kapital gemessene Unsicherheit wird von der Arbeiterklasse völlig anders erlebt. Für Finanziers bedeutet Unsicherheit, dass eine Investition an Wert verlieren könnte – für junge Beschäftigte bedeutet sie, nicht zu wissen, ob es im nächsten Monat Arbeit geben wird, ob die Miete bezahlt werden kann, ob Essen auf dem Tisch stehen wird oder ob Krieg oder das Klima ihr Zuhause zerstören werden. Die herrschenden Klassen messen Unsicherheit, während sie diese erzeugen.

Die sogenannten „Gen Z“-Aufstände markieren die politische Ankunft einer Generation, deren Zukunft verbaut wurde. Ihre Revolte ist noch kein organisiertes Projekt. Spontane Wut kann sich in Solidarität und einen sozialistischen Wiederaufbau bewegen oder sie kann von Zynismus, Chauvinismus und der Ultrarechten eingefangen werden. Die entscheidende Frage ist, ob tragfähige Organisationen die Einsamkeit vor dem Bildschirm in eine Gemeinschaft des gemeinsamen Kampfes transformieren können.

Der Beitrag erschien im Original bei Tricontinental: Institute for Social Research. Übersetzt aus dem Spanischen und leicht gekürzt von ***Marta Andujo****.*

Titelbild: Jugendliche gemeinsam gegen Jugendarbeitslosigkeit. Gebaut vom 1. Ausbildungsjahrgang der Flender Werft 1997/98. / 1970gemini / Wikimedia / CC BY-SA 4.0

[«1] Anmerkung der Übersetzerin: In der EU waren im Juli 2026 2,930 Millionen junge Menschen (unter 25 Jahren) arbeitslos, die Jugendarbeitslosenquote lag bei 15,1 Prozent. Der Anteil junger Menschen in Deutschland, die nicht in Ausbildung oder Beschäftigung sind, ist laut Statistischem Bundesamt in den vergangenen Jahren gestiegen und lag bei den 20- bis 24-Jährigen im Jahr 2025 bei 10,0 Prozent.